

Medienmitteilung der GLP/BDP-Fraktion zu ausgewählten Geschäften in der Junisession 2014

Rechnungsabschluss 2014

Wir nehmen erfreut zur Kenntnis, dass sich die finanzielle Lage des Kantons auf dem Weg der Besserung befindet. Leider schrumpft die Eigenkapitaldecke weiterhin und die Ausgaben in den Bereichen Bildung, Gesundheit und soziale Wohlfahrt müssen wir jedoch im Auge behalten, denn in diesen Bereichen sind die höchsten Ausgaben ausgewiesen.

Motion "Kopftuchverbot" der JSVP

Unsere Fraktion erachtet diese Motion grossmehrheitlich als populistisch und nicht dringlich. Wir befürworten eine gesetzliche Basis, am besten auf eidgenössischer Ebene für dieses eher marginale Problem der Volksschule. Aber dies soll auf dem normalen Weg der Gesetzgebung verlaufen und nicht in einer von der SVP „gehypten“ Volksabstimmung.

Es ist bemerkenswert, dass immer aus derselben Ecke der SVP relativ kleine Probleme emotionalisiert und hochgeschaukelt werden, um Aufmerksamkeit zu erreichen. Dazu gehören auch die prominent angekündigten Vorstösse bezüglich „Babyklappe“, „Steuererhöhungen vors Volk“ und die „Quartiersheriffs“, die allesamt zunächst eine grosse mediale Plattform erhielten, um dann wirkungslos im Sand zu versinken.

Informationsgesetz

Die GLP/BDP-Fraktion begrüsst die Schaffung eines Öffentlichkeitsgesetzes. Damit wird das Recht der Bürger auf Information und Auskunft gestärkt. Das Misstrauen der FDP gegenüber dem Bürger ist unbegründet. Die Fraktion unterstützte die Anträge der Kommission vollumfänglich.

Motion „bessere Ausbildung in der Gastronomie“

Unsere Fraktion sprach sich als einzige geschlossen gegen diese unnötige und inkonsequente Motion aus. Es ist nicht logisch, weshalb der Gastwirtschaft als einzigem Berufszweig diese Kurse auferlegt werden und andere KMU davon ausgenommen bleiben. Das widerspricht dem Grundsatz der Gleichbehandlung und liberalem Denken.

Unsere Fraktion unterstützte folgende Geschäfte, die Rat unbestritten waren:

- **Jagdgesetz**
- **Beitritt zum Hochschulkonkordat**
- **VI Nachtrag zum Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über die Krankenversicherung**
- **Nachtrag zum Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über das KES.**
- **Kantonsratsbeschluss über den Beitritt zum Hochschulkonkordat**
- **Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über die Krankenversicherung**

Zu folgenden Geschäften äusserten sich die BDP und GLP unterschiedlich. Hier die Stellungnahmen der BDP SG.

Berufsauftrag für Volksschullehrpersonen

Die BDP bedauert es, dass die Klassenlehrpersonenzulage gekürzt wurde und somit der eigentlich gute neue Berufsauftrag mit einer Lohnkürzung für die Leistungsträger der Volksschule verknüpft wird. Deren Bereitschaft zur Übernahme einer Führungsfunktion und einer großer Verantwortung erhält damit keine angemessene Wertschätzung.

Spitalvorlagen

Die BDP begrüßt es, dass alle Spitalvorlagen in der 2. Lesung angenommen wurden. Die BDP hat diese Haltung seit Bekanntwerden der Regierungsvorlage immer konsequent vertreten und nicht wie die anderen bürgerlichen Parteien mit der "Last Minute Vision Rüthi" sympathisiert.